

Bedingungsloses Grundeinkommen

—

eine soziale Alternative?

www.wipo.verdi.de



ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik – Ralf Krämer

1

Bedingungsloses Grundeinkommen

Grundeinkommen, bei dem fünf Kriterien erfüllt sind:

- allen Menschen zustehend (weitere Bedingungen?)**
- individuell garantiert (Individualbezug)**
- ohne Bedürftigkeitsprüfung**
- ohne Arbeits-/Tätigkeitsverpflichtung**
- Existenz und gesellschaftliche Teilnahme sichernd (mind. 1050/1080 € monatlich, Kinder ggf. weniger)**

Problem: Die BGE-Konzepte beruhen auf Mythen und Behauptungen, die kritischer Prüfung nicht Stand halten. Gesamtgesellschaftliche und Macht-Betrachtung fehlt.



ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik – Ralf Krämer

2

Varianten des Bedingungslosen Grundeinkommens

	Soziale/linke Varianten, z.B. BAG SHI, LINKE BAG oder Attac AG	Neoliberale Varianten, z.B. Bürgergeld Althaus o. Straubhaar, G. Werner
Höhe	existenzsichernd, 1000 – 1500 € monatlich	bestenfalls ALG II-Niveau max. 1000 € (- 200 € KV)
Sozialversicherungen	bleiben erhalten	werden abgeschafft
Mindestlohn, Arbeitsrechte	bleiben erhalten	werden (weitgehend) abgeschafft
Finanzbedarf pro Jahr und Finanzierung	brutto 900 - 1500 Mrd. € Einsparung mancher Sozialleistungen und „Bürokratie“, höhere Steuern/Abgaben auf Einkommen und Kapital	brutto 500 – 900 Mrd. € Einsparung weitgehend der Sozialversicherungen und bisherigen Sozialleistungen, ggf. höhere MWSt u.a. Massensteuern
Verteilungswirkung	Umverteilung von oben nach unten beabsichtigt	massiv lohnsenkend, Abbau sozialer Standards
Realismus	keine Chance	eher unwahrscheinlich



Bisherige Erfahrungen und Modelle

- Volksabstimmung Schweiz 2016: 23% ja, 77% nein.
- Finnland ist neoliberales Modell zur Erhöhung von Arbeitsanreizen und Vereinfachung des Sozialsystem
- Erfahrungen aus USA oder anderen Ländern sind nicht vergleichbar, unser Sozialstaat viel ausgebauter
- Modelle für kleine Regionen oder Bevölkerungsteile oder spendenfinanziert erlauben keine Aussagen für gesamtgesellschaftliches BGE.
- IWF diskutiert BGE von 25% oder 10% des Median-Einkommens pro Kopf, d.h. für D. Größenordnung 200 € bzw. unter 100 € pro Monat. Kosten 7% bzw. knapp 3% des BIP (D. etwa 200 bzw. 90 Mrd. €). Positive Wirkungen bei gezielter Ausgabe höher.



Ist BGE erforderlich und geeignet?

- gegen Armut? – verbesserte bedarfsabhängige Sozialleistungen, höhere Löhne und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Dienstleistungen sind besser und realistischer
- Ein BGE würde ganz überwiegend an Menschen gezahlt, die bereits andere hinreichende Einkommen haben und das Geld nicht brauchen
- gegen Ausgrenzung? – Geld reicht nicht. Arbeit ist zentral, bringt soziale Integration und Anerkennung. Erwerbslosigkeit macht weiter Druck auf die Menschen, schwächt Lohnabhängige und Sozialstaat
- Neoliberale BGE-Konzepte sollen v.a. das Kapital von Arbeitnehmerrechten und Tarifverträgen, Sozialversicherungen und sozialen Verpflichtungen befreien.



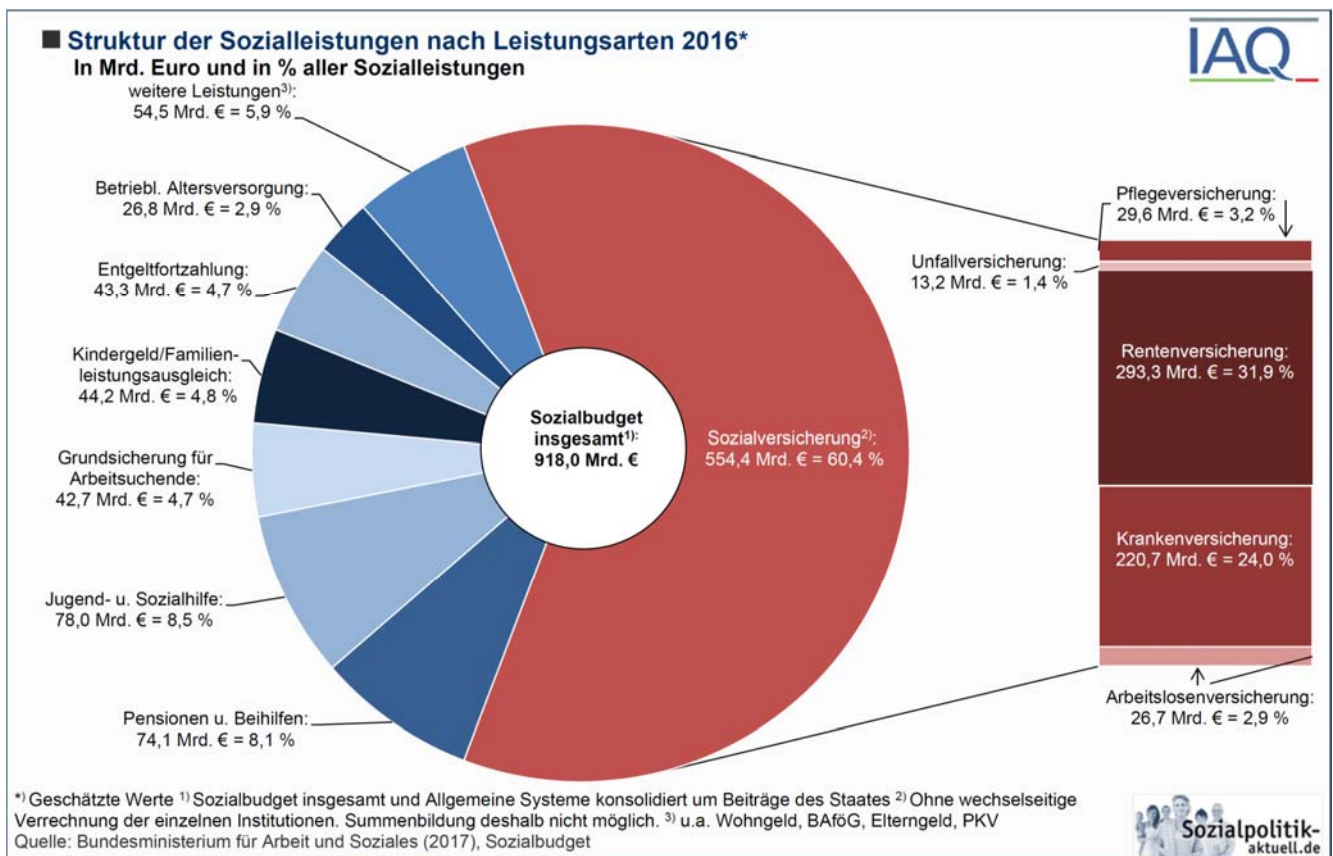
Finanzierungsprobleme eines BGE I

- Bei einem monatlichen BGE von 1000 € würde dies brutto etwa 1 Billion € im Jahr kosten. Nur etwa 100 Mrd. € an Sozialleistungen könnten wegfallen. Netto blieben also rund 900 Mrd. € Mehraufwand im Jahr.
- Sozialversicherungsleistungen beruhen auf durch Beiträge erworbenen eigentumsähnlich geschützten Ansprüchen, die nicht einfach gestrichen werden können. Es wäre dann auch nicht bedingungslos.
- Ein soziales/linkes BGE würde damit noch einmal so viel kosten wie der gesamte bestehende Sozialstaat, wie Bund, alle Länder und Gemeinden ausgeben.
- Es geht dabei um laufende Einkommen und Umverteilung. Die „Staatsquote“ am Bruttoinlandsprodukt würde von 44 auf über 70 Prozent steigen.

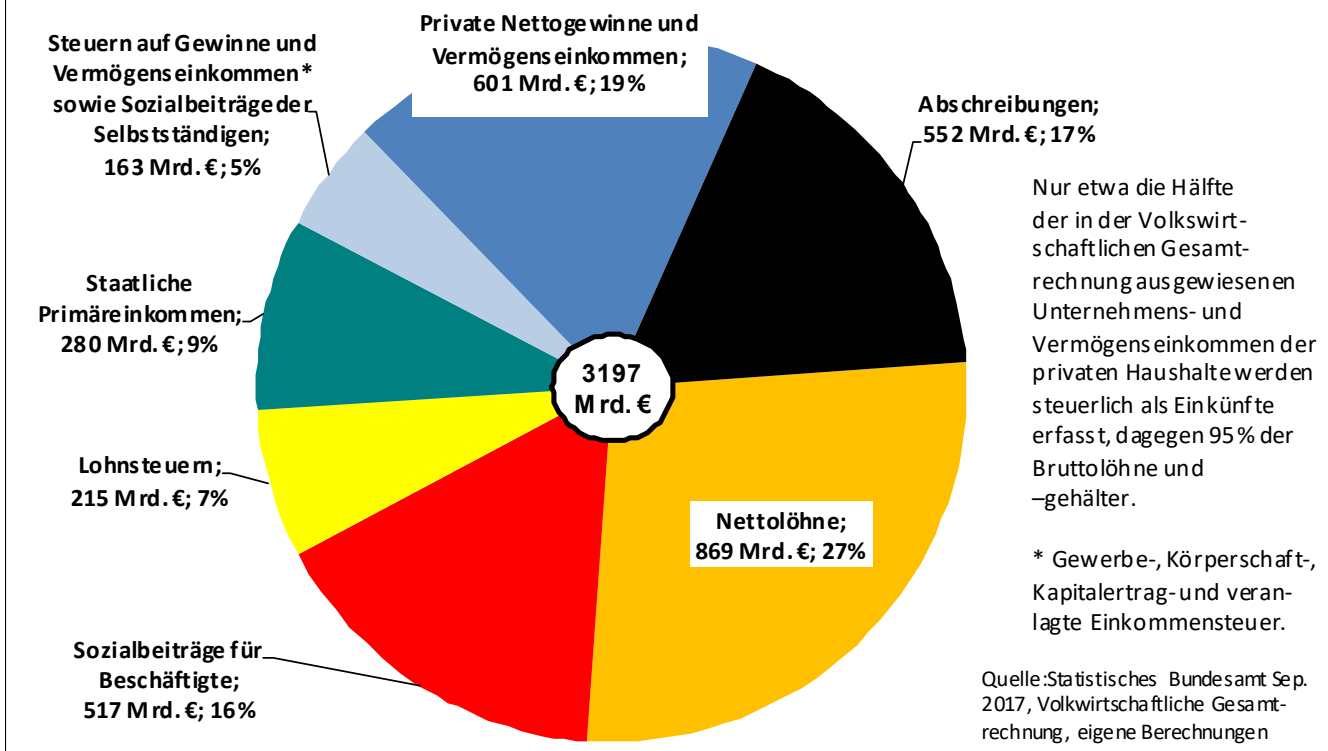


Finanzierungsprobleme eines BGE II

- Ein BGE müsste immer aus dem durch Erwerbstätigkeit produzierten Volkseinkommen finanziert werden, d.h. in letzter Instanz zu Lasten der (Kaufkraft der) Löhne oder der Gewinn- und Vermögenseinkommen.
- Für ein soziales/linkes BGE wären extreme Abgabenbelastungen aller Einkommen oder Umsätze nötig.
- Das würde extrem verschärfte Kontrollen erfordern.
- Wertschöpfungsabgaben/Maschinensteuern bieten keinen Weg daran vorbei. Es bleibt immer eine gesellschaftliche Verteilungsauseinandersetzung.
- Den Löwenanteil eines BGE müssten unvermeidlich die Beschäftigten finanzieren. Bei 1000 € bliebe nur ein Bruchteil der bisherigen Nettolöhne übrig.



Bruttonationaleinkommen Deutschlands 2016



Finanzierung eines BGE von 1000 Euro monatlich - Beispielrechnung für 2016

- Kosten (1000 € * 12 * 83 Mio.) ca. 1000 Mrd. €
- Entfallende Einkommensleistungen (Sozialbericht Tab. III-1) ca. 100 Mrd. €
- Verdopplung der Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen ca. 160 Mrd. €
- 44% zusätzliche Steuern auf alle Löhne (44% * 1311 Mrd. €) ca. 580 Mrd. €
- 44% zusätzliche Steuern auf Alterseinkommen (44% * 387 Mrd. €) ca. 170 Mrd. €

Verteilungswirkungen eines BGE

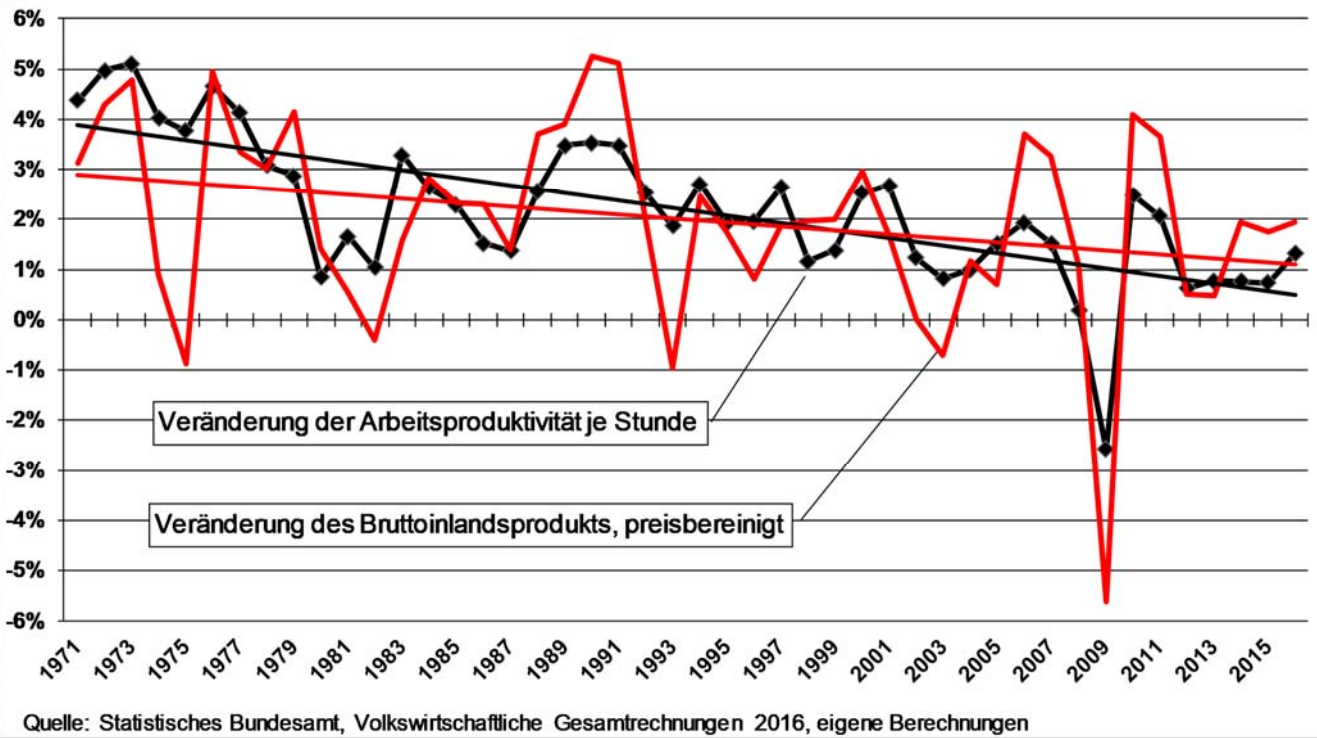
- Den erhöhten Abgaben stünde die BGE-Zahlung gegenüber. Bei einem sozialen/linken BGE würden arme Haushalte (theoretisch) profitieren. Bei den meisten wäre es aber in eine Tasche rein und aus der anderen raus – Umverteilungskarussell mit Problemen
- Die Beschäftigtenhaushalte (60% der Bevölkerung) würden insgesamt mehr zahlen als bekommen. Genaueres ist kaum zu sagen, hängt ab von den Kräfteverhältnissen auf Arbeitsmarkt und in Politik.
- Ein BGE würde massiven Druck auf die Arbeitseinkommen und Tarife ausüben: universeller Kombilohn.
- Die Profitsprüche des Kapitals würden durch ein BGE dagegen nicht gemindert.



Erwerbsarbeit ist und bleibt Grundlage

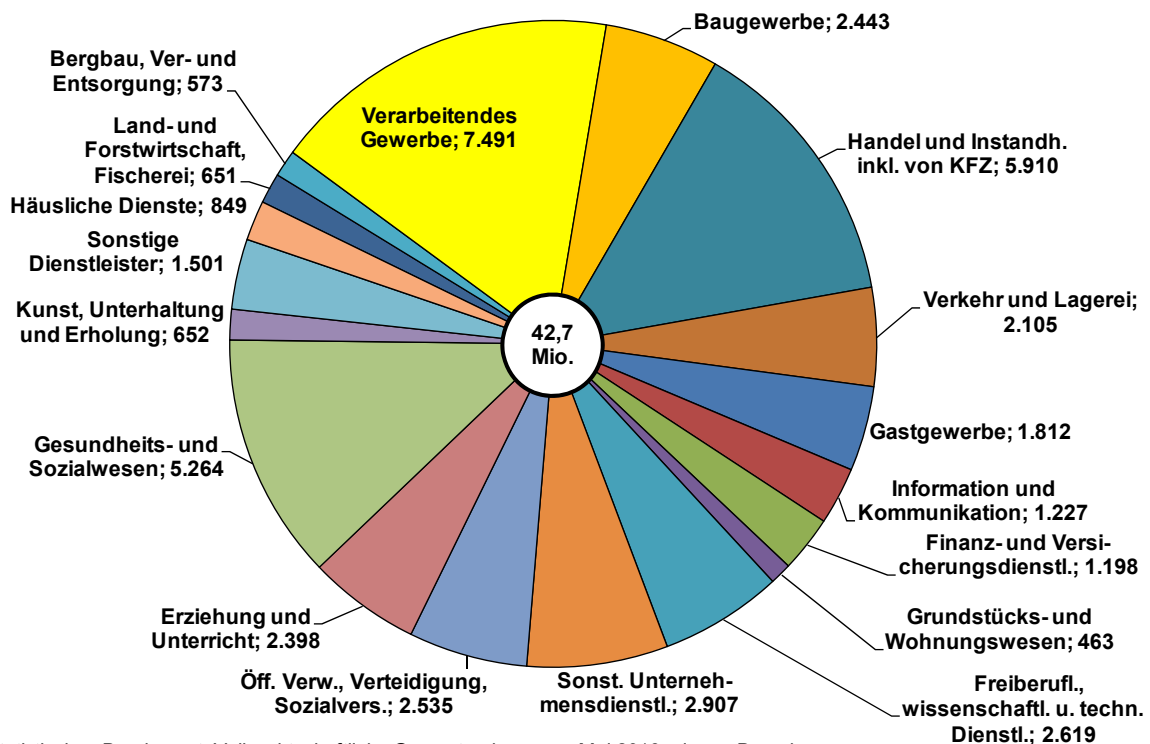
- Trotz Digitalisierung wird es auch in den kommenden Jahrzehnten kein „Ende der (Erwerbs)Arbeit“ geben. Die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächse sind sogar schwächer als früher.
- Erwerbsarbeit nimmt zu, hierzulande und global. Das Problem ist die Prekarisierung, und die ist kein Sachzwang. Rückgänge liegen an ökonomischen Krisen.
- Ein BGE würde wie jede Geldleistung vollständig auf Warenproduktion durch Erwerbsarbeit beruhen. Entkopplung ist nur für einzelne möglich. BGE kann nie eine „emanzipatorische Alternative“ dazu sein.
- Arbeit bringt auch im Kapitalismus soziale Einbindung, Anerkennung, Selbstbestätigung und höhere Einkommen als ein BGE könnte.





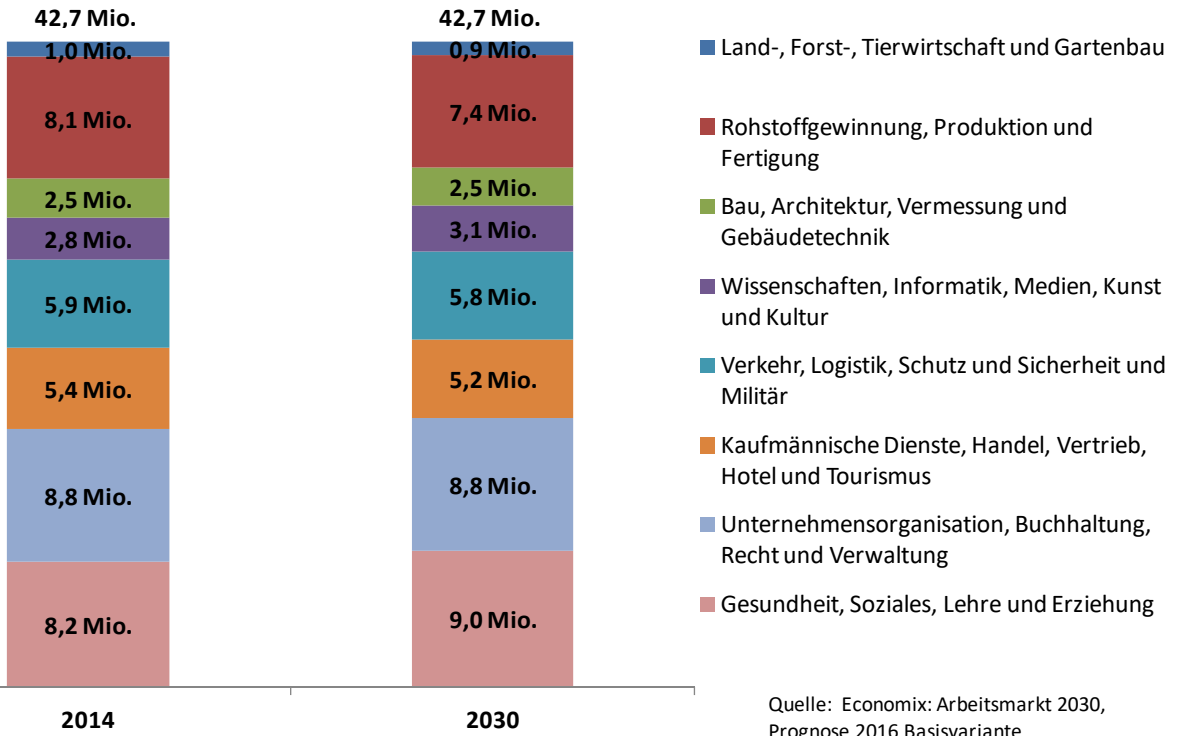
Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen 2014

in Deutschland, in Tausend

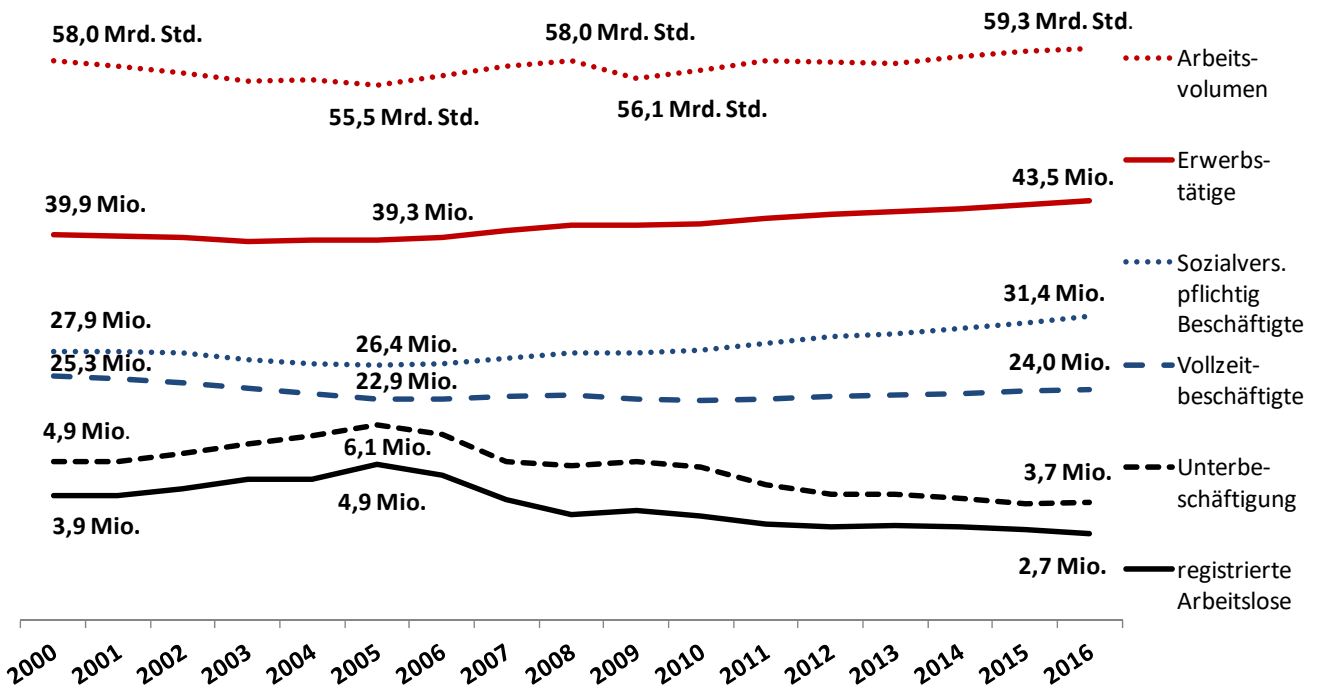


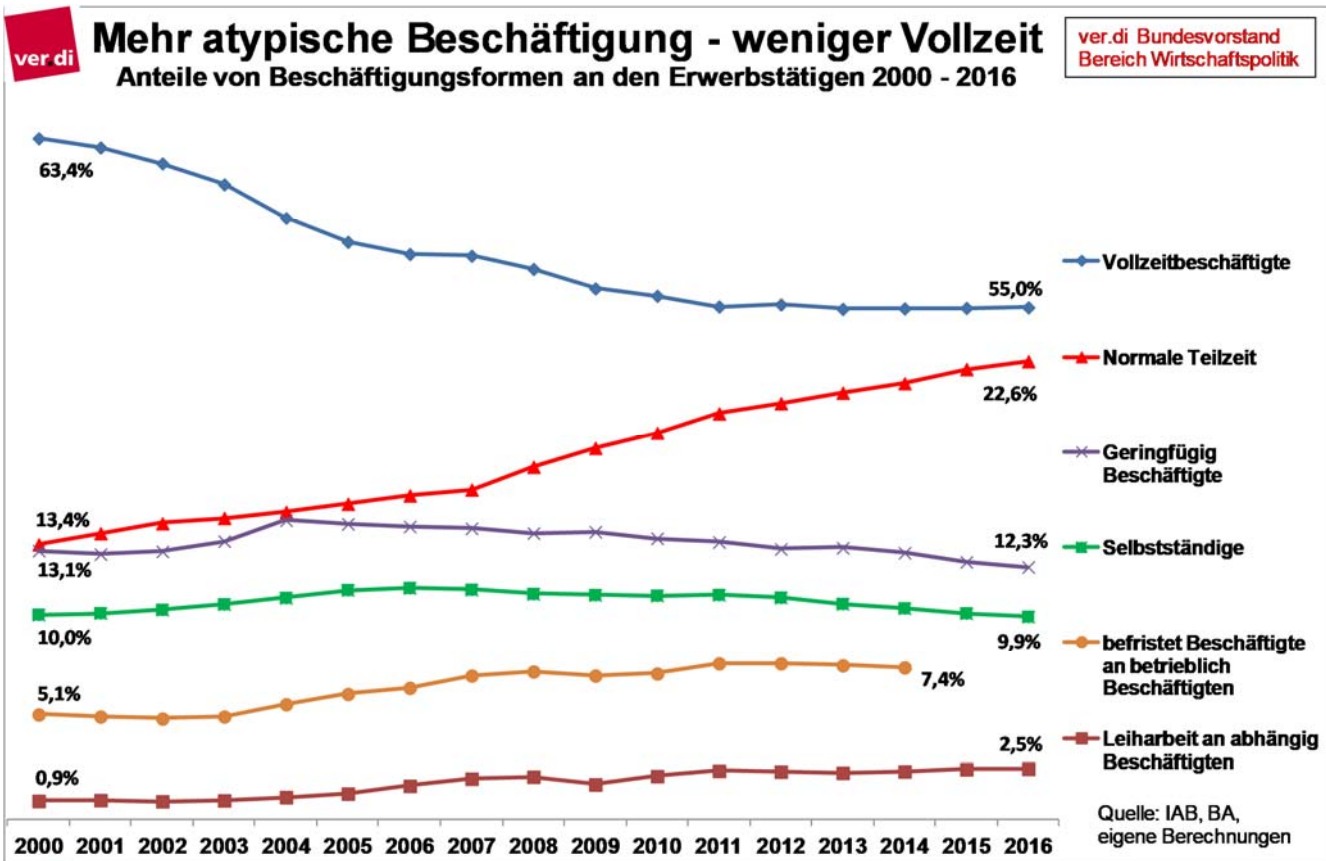
Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Mai 2016, eigene Berechnungen

Erwerbstätige in Deutschland nach Berufen 2014 und Prognose 2030



Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung in Deutschland





Ökonomie und Interessenwidersprüche

- Gute Arbeit ist das zentrale Interesse. BGE würde dem und Frauenemanzipation eher entgegenstehen.
- Die Entwicklung der Löhne und Arbeitszeiten und die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse bleiben zentral für die Entwicklung der Verteilungs- und sozialen Verhältnisse insgesamt, auch die des Sozialstaats.
- Grundlage dafür ist die Entwicklung der Wirtschaft, der Produktivität, des Arbeitsmarktes, der Politik.
- Dabei gibt es Interessenwidersprüche, soziale und politische Auseinandersetzungen (Klassenkampf), es geht um Kräfteverhältnisse und Machtressourcen
- Zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern gibt es keine „Augenhöhe“, auch mit BGE gäbe es die nicht. Nötig sind kollektive Aktionen und Regelungen.

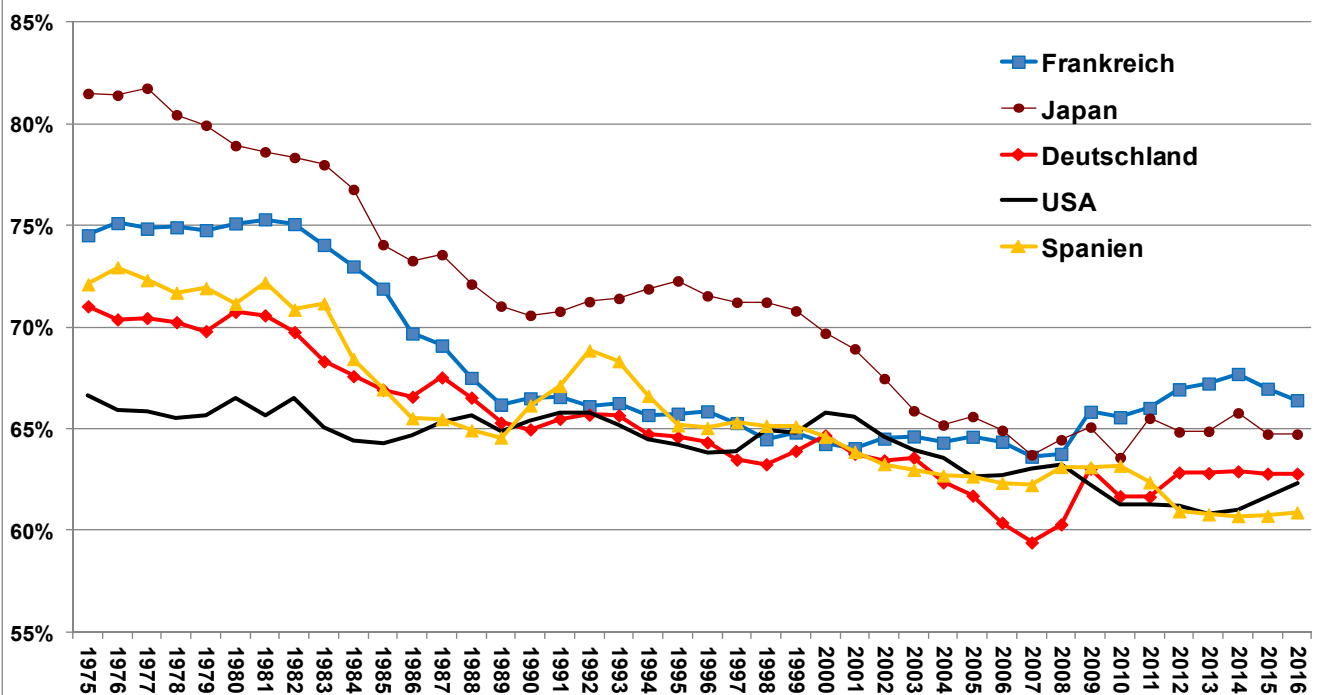
Was sind die sozialen Probleme?

- Armut, Ausgrenzung, Zwang, Prekarisierung
 - Druck auf Löhne und Bedingungen, Unsicherheit
 - Abbau und Privatisierung sozialer Sicherungen, Leistungen und Betriebe, unzureichende öffentliche Investitionen und Dienstleistungen
- Finanzprobleme des Sozialstaats
- Umverteilung von unten nach oben
- ❖ Grundproblem Massenerwerbslosigkeit: für die Individuen, öffentliche Finanzen, ungünstige Kräfteverhältnisse in Betrieben und Gesellschaft
- ❖ Offensive des Kapitals und der Neoliberalen



Rückgang der Lohnquoten

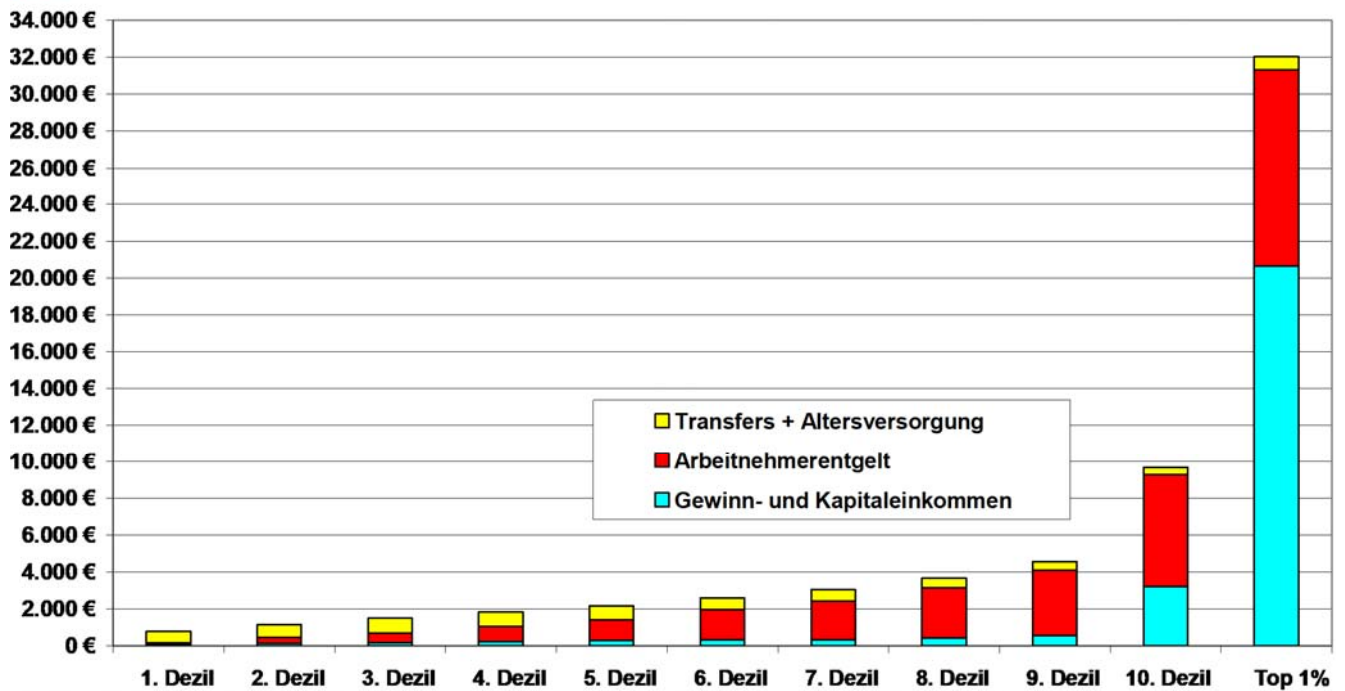
Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten, bereinigt



Quelle: Europäische Kommission, Ameco, Mai 2016

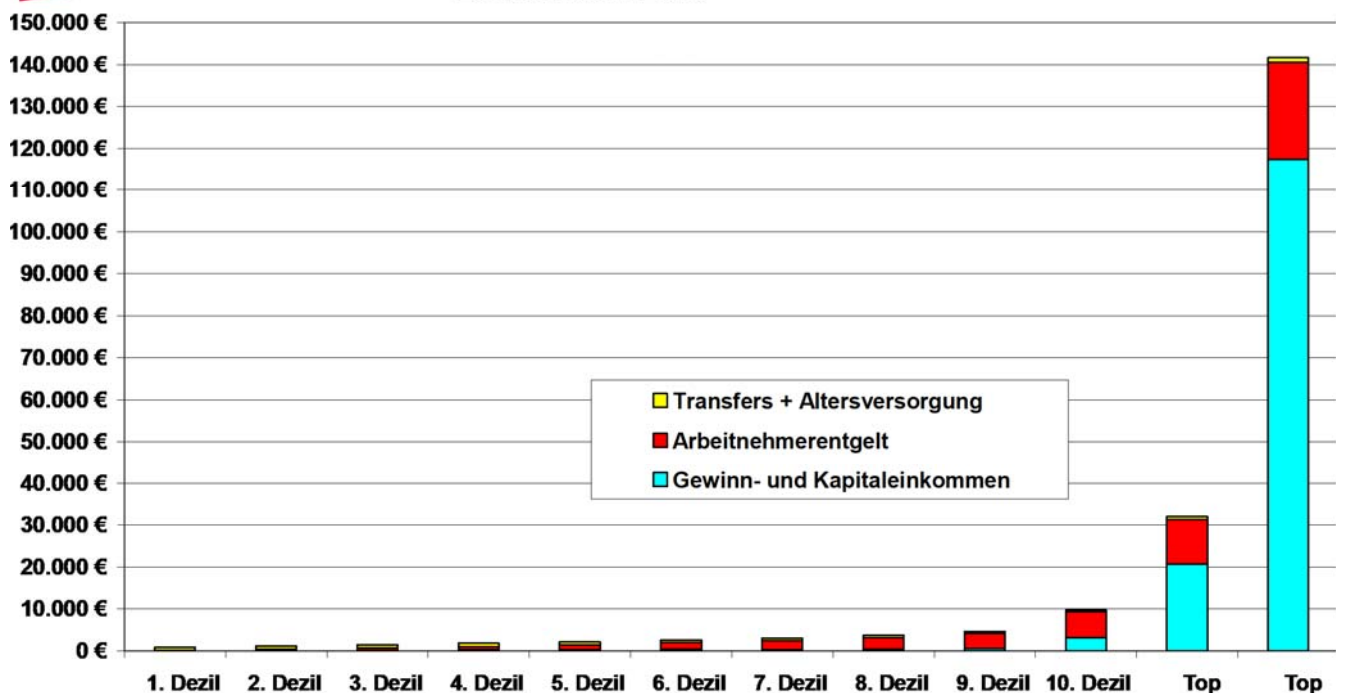


Durchschnittliches Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommen je Monat Deutschland 2015



Quelle: DIW: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015, eigene Berechnungen.

Durchschnittliches Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommen je Monat Deutschland 2015

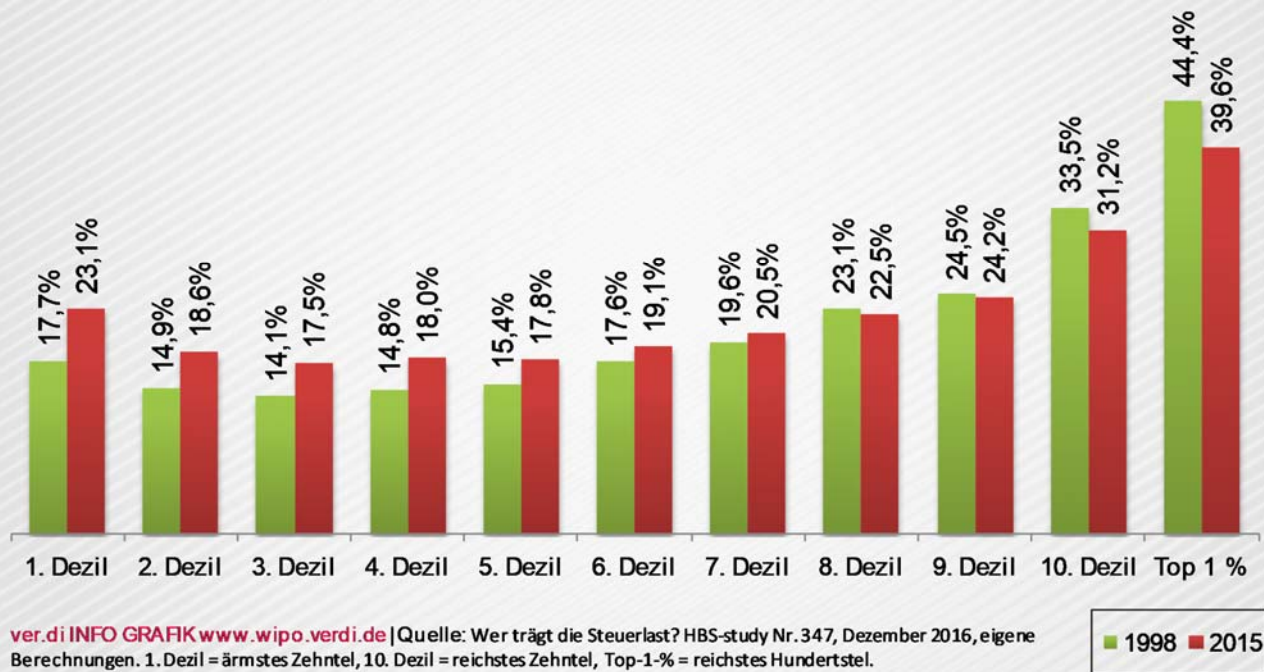


Quelle: DIW: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015, eigene Berechnungen.

Reiche entlastet, Arme belastet

Steuerbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens nach Einkommenshöhe

ver.di

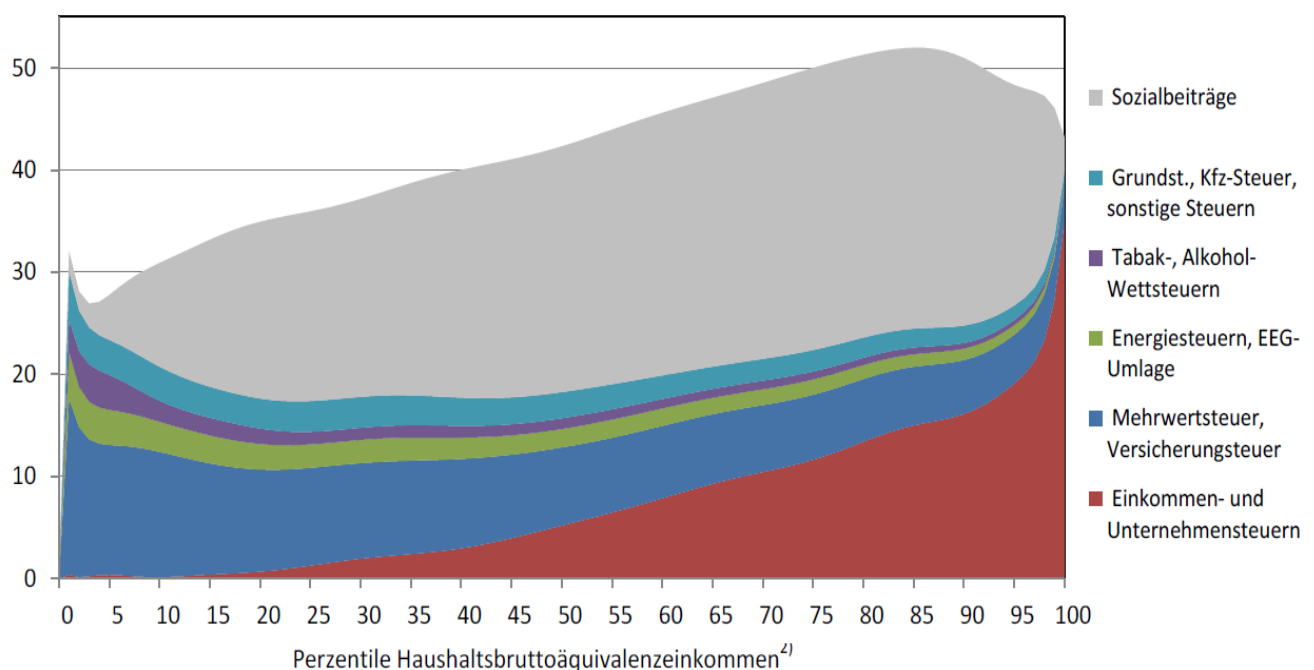


ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik – Ralf Krämer

23

Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens 2015¹⁾

Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik



1) Werte geglättet mit Polynom der Perzentile der entsprechenden Variablen.

2) Äquivalenzgewichtet mit der neuen OECD-Skala.²⁾

Quelle: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015.

BGE: Probleme Risiken Nebenwirkungen

- Linkes/soziales BGE kostet mehr als Bund, Länder und alle Gemeinden heute zusammen ausgeben
- Linkes/soziales BGE erfordert daher extreme und unrealistische Abgabensätze und Umverteilung
- klingt gut, ist aber unrealistisch und funktioniert nicht.
- Millionen neue gute Arbeitsplätze für Soziale Dienste, Bildung, Öko-Umbau sind besser, leichter finanzierbar, bündnisfähiger und durchsetzbarer
- Individualisierung gegen kollektive Regelungen
- Ablenkung von den realen Kämpfen & Alternativen, Spaltungspotenzial in sozialer & linker Bewegung
- Risiko neoliberale Variante: Armuts-Geld, Zerschlagung sozialer Regulierungen und Versicherungen



Was für ein soziales Konzept ist nötig?

- geeignet Probleme sozial zu bewältigen
- realistisch machbar, vermittelbar, durchsetzbar
- Verbindung mit betrieblichen, sozialen und politischen Tageskämpfen
- breit bündnis- und mobilisierungsfähig, um Kräfteverhältnisse zu verbessern: Beschäftigte/ Gewerkschaften, Erwerbslose, RentnerInnen, Lernende und Eltern und andere Betroffene
- Bedarfsdeckende repressionsfreie Mindestsicherung, gute Arbeit, höhere Löhne, Umfairteilen und Sozialstaat ausbauen für mehr Arbeit und bessere Bildung, Gesundheit, Soziales, Umwelt.
- Problem: es fehlt die einfache Grundsatzalternative



Recht auf gute Arbeit, soziale Sicherheit, Umverteilung von oben nach unten

- Zukunftsinvestitionsprogramm für qualitatives Wachstum, Öko-Umbau, Bildung, Soziales, mehr öffentliche und sozialstaatliche Beschäftigung
- höhere Löhne (mind. 3-3,5% p.a.), höherer Mindestlohn, Re-Regulierung und Stärkung der Tarife und der Rechte der Beschäftigten und Gewerkschaften, Verkürzung und soziale Gestaltung der Arbeitszeiten
- Sozialstaat ausbauen, verbessertes ALG I, gute Renten, bedarfsdeckende repressionsfreie Mindestsicherung, Bürger-/Erwerbstätigenversicherung
- gerechte Steuern, höhere Besteuerung von großen Vermögen, hohen Einkommen, finanzstarken Unternehmen, besserer Steuervollzug